

Nachrichten für Naunhof und Umgegend

(Albrechtshain, Kammelshain, Brucha, Vorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinhelberg, Klinge, Köhne, Lützschwitz, Pausen, Schmalitz, Throna etc.)
Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Grimma und des Stadtrates zu Naunhof.

Er scheint wöchentlich 2 mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachm. 4 Uhr
für den folgenden Tag. **Bezugspreis: monatlich 1,50 Mk.**
ohne Anzeigen, Post einschl. der Postgebühren Mk. 1,75.
Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Wapzelgepreise: Die 6seitigen Korpuszettel 100, auswärts 110. Wapzelgepreise 100, auswärts 110. Wapzelgepreise 100, auswärts 110. Wapzelgepreise 100, auswärts 110. Wapzelgepreise 100, auswärts 110.

Vertrieb: Amt Naunhof Nr. 2.

Druck und Verlag: Göttsch & Gule, Naunhof bei Leipzig, Markt 2.

Nummer 34

Sonntag, den 19. März 1922

33. Jahrgang

Amtliches.

Die Vergütungssteuerordnung für den Bezirk der Amtshauptmannschaft Grimma auschl. der rev. Städte Golditz, Grimma und Wurzen vom 9. Dezember 1921 ist von der Kreisversammlung des Bezugspreises mit Zustimmung des Kreisaustrages öffentlich bekannt gemacht, daß sie vom 20. dieses Monats ab 14 Tage lang sowohl bei der Amtshauptmannschaft Grimma als auch bei sämtlichen Ortsbehörden des Bezirks zur Einsichtnahme ausliegt.

Die Vergütungssteuer ist vom 1. April 1922 ab zu erheben.

Grimma, den 16. März 1922. 4001 A. I.

Der Bezirksverband der Amtshauptmannschaft.

In der gestrigen 5. diesjährigen Sitzung des Stadgemeinderates ist folgendes beraten und beschlossen worden:

1. Das Baugesuch des Herrn Fabrikbesizers Adolf Arnold - Aufbau des Lagerhauses im Grundstück Breite Straße 5 - wurde bedingungsweise befürwortet. Das Gesuch des Herrn Privatmanns Max Hainke - Anbau an das Wohnhaus Kaiser Wilhelm-Straße 13 - wurde bedingungsweise befürwortet. Das Gesuch der Frau verw. Schräck - Einbau von Fenstern in das Werkstellengebäude der Firma Kemper und Wode im Grundstück Bahnhofstraße 18 - wurde befürwortet. Hierzu erklärte auch die Stadtgemeinde als Eigentümerin des Nachbargrundstücks Zustimmung.

Das Gesuch des Herrn Kaufmanns Rudolf Heberhahn - Neubau einer Veranda am Grundstück Weststraße 11 wurde bedingungsweise befürwortet. Wegen Zahlung des Beitrags zu den Kosten für die Fußwege in der Molkestraße wurde in einem Falle Bestimmung erteilt.

2. Von der Einladung zur Gemeindevorstanderversammlung in Grimma am 22. d. M. nahm man Kenntnis.

3. Von dem Ergebnis der Volksammlung für die „Mittelschule des Deutschen Volkes“ nahm man Kenntnis.

4. Der Stadgemeinderat bleibt auch nach anderweiter Beratung bei dem früher gefassten Beschlusse, die geplante Straße A, d. i. die die Lange Straße und die Wiesenstraße verbindende Straße, an dem Grundstück des Herrn Fleischhauermeister Nebel auf dem Bebauungsplan zu streichen, stehen.

5. Man nahm davon Kenntnis, daß die staatliche Bergverwaltung ein Bohrlöch auf dem städtischen Grundstück an der Fuchshainer Straße herstellen lassen will.

6. Mit dem Beschluß des Gasaustrages, nach welchem der Bau eines Zwerchhauses in der Gasanstalt der Firma Rämpfe in Eisenberg übertragen worden ist, erklärte sich der Stadgemeinderat einverstanden.

7. Die von den Fuhrwerksbesitzern erbetene Erhöhung der Fuhrlohn für städtische Fuhrer wurde bewilligt.

8. Die Wahl des Gewerbesteuerausschusses wurde vertagt.

9. Anstelle des als Stadgemeindevorstandesmitglied des Ausschusses für Gemeindepflege ausgeschiedenen Herrn Oberlehrer Neufel wurde Herr Stadtoverordneter Wendler gewählt. Aus der Einwohnerliste wurden die Herren Oberlehrer Neufel und Tischler Wilhelm Hedermann als Mitglieder des Ausschusses gewählt.

10. Die Beschlüsse des Rechnungs- und Verfassungsausschusses vom 14. d. M. wurden genehmigt. Es handelte sich hierbei u. a. um die Bewilligung der Beiträge für die neugegründete Registratorstelle in Höhe von 13007 Mk. an den Ruhegehaltsverband, die Festsetzung von Mindestlöhnen für die an die Wasserleitung angeschlossenen Grundstücke, sowie für die nicht an die Wasserleitung angeschlossenen Grundstücke bei der Berechnung des Wasserzinses, eine Aussprache über die Rückstattung der zwielagehalten Familienunterstützung, die Erhebung eines Termins städtischer Grundsteuer auf die Zeit 1. April bis 30. Juni nach 1 Mk. je Grundsteuer-Einheit, die Einstellung der Erhebung der Biersteuer, die Bewilligung der neuen Löhne für die städtischen Arbeiter, verschiedene Beamtenangelegenheiten, die Aussprache wegen Einstellung eines Schmelzwerkschickschichtigen.

11. Von einer Verordnung des Ministeriums des Innern über die Erhöhung des Hypothekenzinssfußes bei Sparkassenausleihungen nahm man Kenntnis.

12. Das Gesuch eines Beamtenanwärters, ihn wegen anderweiter Anstellung am 30. März zu entlassen, wurde genehmigt.

Naunhof, am 17. März 1922. Der Stadgemeinderat.

Sparfamkeit!

In Zeiten ruhiger geschäftlicher Entwicklung, in denen alle Dinge ihren Wert haben und behalten, und in denen vor allem das Geld als ein einziges ständliches Zahlungsmittel den unveränderlichen Wertmesser für jede

Handelsware bildet, läßt sich der Bestland und die Erwerbsmöglichkeit des einzelnen sowohl wie auch größerer oder kleinerer... wesen mit großer Sicherheit überblicken und voraus berechnen. Das bietet ganz von allein einen starken Anreiz dafür, durch ein sorgfältiges Abwägen der Einnahmen und der Ausgaben eine allmähliche Verbesserung und Hebung des Bestandes herbeizuführen, kurz mit einem Worte, durch eine kluge Sparsamkeit die Früchte jeder wirtschaftlichen Betätigung ausbreiten zu lassen und zu vermehren. Ganz anders scheinen aber auf den ersten Blick die Dinge zu liegen, wenn kleinerer fester Maßstab für den Wert der verschiedenen Arten von Gütern und Leistungen mehr vorhanden ist, und wenn vor allem, wie wir es jetzt seit Jahren erleben, die staatlichen Zahlungsmittel fortwährenden Schwankungen unterworfen sind und die notwendigen Lebensbedürfnisse einer unaufhaltsamen Preissteigerung ausgesetzt sind. Ein bekannter humorvoller Schriftsteller hat kürzlich einmal berechnet, wenn er das gesamte Gehalt, welches er während einer zehnjährigen Friedensdienstzeit als Oberleutnant in der österreichischen Armee bezog, bis auf den letzten Heller erpart hätte, er jetzt in der Lage sein würde, für diese Summe in der Schweiz eine ganze Flasche anständigen Weins zu trinken. Niemand wird finden, daß dieser Mann klug geizig hätte, sein ganzes Geld zu sparen, von dem er in den bewußten zehn Friedensjahren, in denen er es ausgab, wahrscheinlich mehr gehabt hat.

Nicht unähnlich liegen die Verhältnisse vielfach auch bei uns in Deutschland, und Politiker und Volkswirtschaftler haben schon oft auf die Gefahr hingewiesen, die darin liegt, wenn die unter heutigen Verhältnissen so oft mehr mühselos als ganz korrekt erworbenen großen Vermögen möglichst rasch in allerlei mehr oder weniger notwendige und nützliche sogenannte Sachwerte umgelegt, d. h. mit anderen Worten einfach sinnlos verschwendet werden, nur, weil der Besitzer der vielen Tausendmarkstücke sich sagt, daß diese Papiere ihm über kurz oder lang nur noch einen viel geringeren Gewinn bedeuten als im Augenblick. Das trägt natürlich dazu bei, die Preise noch weiter in die Höhe zu treiben und damit den Wert des Geldes immer weiter herabzudrücken. Gerade weil die deutsche Währung augenblicklich und voraussichtlich noch eine ganze Zeitlang eine sehr kritische Periode durchzumachen hat, ist es um so notwendiger, daß wenigstens wir selbst, und zwar sowohl im Staate als im Privatleben, nicht noch zur Verschärfung dieser Krise beitragen. Der Teil, an welchem wir überhaupt einen Einfluß auf die Festigung und Gesundung unseres Finanzwesens haben, ist zwar gering genug, darf aber keinesfalls zu der Folgerung führen, daß es nun eigentlich kaum noch darauf ankomme, ob wir angehtlich des schon bestehenden und für die Zukunft noch zu erwartenden Milliardenstromes, der von uns ins Ausland flieht, die paar Tropfen sorgsam sparen und bewirtschaften, die uns von unserem früheren Reichtum noch verbleiben.

Bewegte Zeiten bringen leicht eine sogenannte großzügige Wirtschaft mit sich, die immer das Gegenteil von grundsätzlicher Sparsamkeit bedeutet. Das ist auch im Deutschen Reich eingetreten, dessen Apparat sich in den letzten Jahren stark vergrößert hat. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl Deutschlands haben wir heute zweifellos ein übermäßig großes Heer von Beamten und nicht beamteten Kräften im Dienste des Reiches, der Länder und der Gemeinden, die, da für jeden selbstverständlich ein zum Leben ausreichendes Gehalt bezogen werden muß, eine außerordentliche Belastung für unser Budget bedeuten. Deshalb ist auch gegenwärtig das Problem einer Verringerung dieser Kosten durch einen stufenmäßigen Abbau des Verwaltungsapparates wieder einmal in den Brennpunkt der politischen Erörterung gerückt. Auf Grund der Abmachungen beim Steuerkompromiß will die Reichsregierung gemeinsam mit den großen Parteien bekanntlich eine Organisation einrichten, an deren Spitze ein eigens für diesen Zweck ernannter Minister stehen, und die versuchen soll, den kostspieligen Regierungs- und Verwaltungsapparat auf das kleinste zulässige Maß zurückzuführen. Man denkt in erster Linie an die Zusammenlegung einiger Ministerien, die früher Teile des Reichsministeriums des Innern waren, jetzt aber als Wirtschaftsministerium, Arbeitsministerium und Ernährungsministerium besondere Behörden bilden. Ferner will man alle Aufmerksamkeit darauf richten, bei neuen gesetzgeberischen Maßnahmen erst einmal nachzuprüfen, ob der Ertrag auch wirklich der aufgewandten Mittel entspricht, oder ob die Einnahme nicht größtenteils durch die zu ihrer Erlangung notwendigen Verwaltungskosten ausgezehrt werden. Der heftigste Kampf um das Reichsministerium und um die Streitfrage um die Erlöse, die sich im großen Teil daraus, daß in diesen beiden Fällen erhebliche Besparungen in der Hinsicht geltend gemacht worden sind, daß die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen fast ebenso teuer zu stehen kommt, als die von ihnen zu erwartenden Einnahmen ausmachen würden.

Angehörig der richtigen Kosten, die wir für die Abdeckung unserer Reparationsverpflichtungen und vor allem für die besonders sinnlose Verschwendung bei den Besatzungsmächten und den Kontrollkommissionen in Deutschland auszubringen haben, bedeuten Ersparnisse im inneren Etat zwar keine wirklich durchgreifende Hilfe. Aber sie sind der einzige Punkt, bei dem wir aus eigener Kraft einmal einen Anfang machen und versuchen können, das weitere Dinabastieren auf der schiefen Ebene aufzuhalten, auf

der wir sonst unverweigerlich österreichischen oder gar russischen Zuständen entgegengehen. Schon die nächsten Wochen werden im Reichstage zeigen, ob Regierung und Parteien die ausreichende Einsichtskraft dafür besitzen.

Zeitungsnot und Regierung.

Berlin, 16. März.

Bei der Besprechung der Not der Zeitungen im Hauptausschuß des Reichstages erklärte Staatssekretär Dr. Hirsch, die Regierung verfolge mit großer Sorge die Entwicklung der Druckpapierpreise. Wenn auch die Steigerung an sich nicht außer Verhältnis zu anderen Preiserhöhungen stünde, so gebe doch das Sprunghafte des Aufstiegs Veranlassung zu den schwerwiegendsten Bedenken. Der Staatssekretär glaube, daß durch die neue Steuerungsstelle die kleine Presse erschlagen werde und daß damit eine allgemeine Uniformierung der Zeitungen durch die übrigbleibende große Presse erfolgen werde, ein Zustand, wie wir ihn in anderen Ländern bereits kennen, wie er aber glücklicherweise im deutschen Geistesleben sich noch nicht durchgesetzt hätte. Leider mußte der Staatssekretär feststellen, daß die gefälligen Handhaben, die die Regierung zurzeit zur Milderung der Not besitze, in ihrer Wirksamkeit recht begrenzt seien. Im Gegensatz zur Ansicht mancher Interessenten meinte der Redner, daß die Ursache der Preissteigerungen weniger in der Politik der Kartelle zu suchen sei, als im Steigen der Holzpreise. Diese Schwierigkeiten würden sich noch verstärken, wenn der Umfang der Bauarbeiten wachse und im Verfolg dessen die Holzpreise vielleicht von neuem zu steigen beginnen könnten. Als mögliche Hilfsmittel bezeichnet der Staatssekretär eine Einschränkung der Reichsregierung auf die Preisgestaltung, sobald der interfraktionelle Ausschuß des Reichstages hierzu Stellung genommen haben werde, vielleicht könne dann zum mindesten die sprunghafte Steigerung der Papierpreise hintangehalten werden. Ein harter Zuschuß könne bei der schweren Finanzlage des Reiches nicht in Aussicht gestellt werden. Zugeständnisse bei der Tarifierung des Druckpapiers könnten nur in Frage kommen, wenn damit eine fühlbare Mäßigung des Preises erreicht werde. Die Frage der möglichen Einwirkungsmittel solle demnächst mit den Interessenten, nötigenfalls mit dem interfraktionellen Ausschuß des Reichstages erörtert werden.

Weiteres Eingehen von Zeitungen.

Nach der amtlichen Zeitungszählung haben in dem letzten Monat wieder 157 Zeitungen und Zeitschriften ihr Erscheinen eingestellt. - Der im 105. Jahrgang erscheinende Posauner Anzeiger stellt am 1. April sein Erscheinen ein.

Berlängerung der Militärkontrolle?

Englisch-französische Meinungsverschiedenheiten.

Die Franzosen versuchen wieder einmal, den Friedensvertrag in einer für uns unangünstigen Weise anzubiegen. Die Dauer der höchst überflüssigen aber um so kostspieligeren Kontrollkommissionen soll über die Zeit, in der sie überhaupt etwas zu tun haben, hinaus verlängert werden. In der Vorkonferenz in Paris hat es darüber eine Debatte gegeben. Die Franzosen schlugen vor, die Kontrolle noch acht Jahre lang aufrechtzuerhalten. Die Engländer waren dagegen. Der Italiener Graf Sforza machte einen Vermittlungsvorschlag: Die Kontrolle wird acht Jahre aufrechterhalten, aber wenn Deutschland Beweise der Loyalität liefert, kann die Kontrolle aufhören; alsdann bleibt nur die Bewachung übrig, die nach Artikel 213 des Friedensvertrages allein der Völkerbund ausüben kann. Wenn Deutschland, ohne Schwierigkeiten zu machen, darauf einginge, dann will England als Entschädigung die sofortige Räumung der drei rheinischen Kohlenhäfen vorschlagen. Das wäre für uns wieder ein böser Handel, denn die Befreiung der Rheinhäfen ist ohnedies rechtswidrig und muß ohne Gegenleistung aufgehoben werden.

Genua am 10. April.

Die offizielle Mitteilung der italienischen Regierung.

Die italienische Regierung läßt sich durch das endlose Hin und Her von Meinungen und Wünschen über den Termin oder gar den Ausfall der Konferenz von Genua nicht irre machen. Sie hat ihre Einladungen verschickt und hält an dem einmal gewählten Termin fest.

Der italienische Botschafter in Berlin hat eine Note der italienischen Regierung überreicht, in der mitgeteilt wird, daß die Genuaer Konferenz endgültig auf den 10. April festgesetzt worden ist.

Man ist sich natürlich auch in Berliner politischen Kreisen darüber klar, daß bis zum 10. April noch mancher Zwischenfall eintreten kann, der auch dieses Programm möglicherweise wieder unwirkt. Lloyd George gibt sich allerdings gegenwärtig große Mühe, auch den amerikanischen Präsidenten Harding wieder umzustimmen und ihn zur Teilnahme an der Konferenz zu veranlassen und die englische und die italienische Regierung sollen gemeinsam mit den Neutralen fest entschlossen sein, die Konferenz

Wapzelgepreise
170
112
112
73
4,40
20,20
80
80
80
85
85
170
112
112
73
4,40
20,20
80
80
80
85
85
nachmittags
Nachm.
Uhr: Jung-
naunhof
Akten
9 Uhr.
t.
resorgt.
rn.
zert
Blöhm.
gener.
domßen.
mühle.
Theater.
entfernt.
7 pt.
tober
ner
Angebote
Blattes.
lver
sche,
4.

Wapzelgepreise
170
112
112
73
4,40
20,20
80
80
80
85
85
nachmittags
Nachm.
Uhr: Jung-
naunhof
Akten
9 Uhr.
t.
resorgt.
rn.
zert
Blöhm.
gener.
domßen.
mühle.
Theater.
entfernt.
7 pt.
tober
ner
Angebote
Blattes.
lver
sche,
4.